

Harald Wolfert
Linde 5
51399 Burscheid

Burscheid, den 12.04.10

Sehr geehrter Herr Falk, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Verständnis für die bewusst späte Stellungnahme zur Deponieerweiterung am Lüderich, doch ich denke, dass Thema „Abfallentsorgung“ reduziert sich nicht auf ein einfaches „dafür“ oder „dagegen“ – und eine sachliche Auseinandersetzung findet in Zeiten populistischer Äußerungen keinen Raum. Diese grundsätzliche Debatte ist aber unumgänglich.

Für Grüne gilt die Maxime: Müll vermeiden - Abfälle recyceln. Deshalb waren wir auch die **einzige** Kreistagsfraktion, die vor zwei Jahren gegen die Erweiterung der Müllverbrennungsanlage in Leverkusen - um einen vierten Ofenstrang - gestimmt hat. Leider sind unsere damaligen Befürchtungen des „Mülltourismus“ - zum Decken der wirtschaftlichen Investition – eingetreten – und betreffen nun auch Sie als Anwohner.

Eine Belastung unserer Umwelt und der Bevölkerung durch das Ablagern von (giftiger) Rost- und Kesselasche lehne ich konsequent ab – die DK1 Deponieerweiterung auf dem Lüderich findet keine Grüne Unterstützung. – Aber auch das Verfrachten in linksrheinische Braunkohle Abbaugelände – und damit nur eine Verlagerung der Umweltproblematik – kann und darf nicht als vermeintliche Lösung herhalten! Stand der Technik ist ein vollkommenes Entgiften der Ascheabfälle und eine Wiederverwertung, zum Beispiel im Haus- und Straßenbau. Diesen Standard gilt es im BAV durchzusetzen - auch wenn höhere Müllgebühren die Folge sind.

Da in einem Monat ein neuer Landtag gewählt wird, ist das Defizit im Genehmigungsverfahren zu kritisieren. Die Umstrukturierung (Zerschlagung) der Umweltbehörde durch die Landesregierung hat zu einem intransparenten und paradoxen Konstrukt geführt: Antragsteller des Planfeststellungsverfahrens (BAV), Bedenkenträger (Untere Landschaftsbehörde, Untere Wasserbehörde) und Entscheidungsträger (Untere Umweltbehörde) „sitzen in einem Haus“. Ganz davon abgesehen, dass Grüne schon immer eine längere Offenlage bei Planfeststellungsverfahren fordern, gilt es nach dem 9. Mai, wieder eine - nach außen kommunizierbare „objektive“ - Umweltbehörde - mit Sitz in der Bezirksregierung – zu schaffen.

Der grüne Grundsatz für eine Kommunale Abfallentsorgung, - keine privaten Unternehmen – garantiert einzig öffentliche Kontrolle und ist nicht diskutabel.

In diesem Sinne werde ich auch zukünftig argumentieren und als Vorsitzender des Kreis-Umweltausschuss den Antrag einer Deponieerweiterung auf dem Lüderich kritisch begegnen. Gerne beantworte ich weitere Fragen.

Mit freundlichen Grüßen,

Harald Wolfert
Landtagskandidat Bündnis90/Die Grünen